

Weltoffener Patriotismus. Eine Erwiderung auf den „Essay zum Jahreswechsel“ von Andreas Tyrock (WAZ)

Der „Essay zum Jahreswechsel“ des Chefredakteurs der WAZ, Andreas Tyrock, (WAZ vom 31.12.14/Neujahr 2015) beinhaltet eine „Analyse nach den Pegida-Protesten“ unter der Schlagzeile „Was die Gesellschaft zusammenhält“. Diese Analyse hebt sich wohltuend ab von der Verächtlichmachung und pauschalen Diffamierung der Pegida-Demonstrationen, wie sie weithin von prominenten Vertretern politischer Parteien und in Kommentierungen führender Medien verbreitet wird: antiislamisch, ausländerfeindlich, „Schande für Deutschland“, von „Rattenfängern“ Verführte und dergleichen mehr. Dennoch scheint mir die Analyse der Pegida-Proteste zu kurz gegriffen, ja an dem Kern dieser Proteste vorbeizugehen. Der „Pegida-Bewegung“ werden lediglich „diffuse Ängste“ attestiert, die dann auf „Ausländer“, „Flüchtlinge“ und „den Islam“ als „Sündenböcke“ projiziert würden. Für die vor Ort, in den Kommunen Lebenden wird dagegen vom Autor des Essays gefordert: „Hier muss bei allen Beteiligten der Integrationswille vorhanden sein oder schrittweise entstehen.“

Vorweg sei gesagt: Angesichts von rund vier Millionen Muslimen in Deutschland, davon 45 % mit deutschem Pass, ist klar, dass der Islam zu Deutschland gehört. Muslime haben das Recht auf baulich ansprechende Moscheen samt Minaretten. Auch sollte klar sein, dass Deutschland die moralische Verpflichtung hat, mehr Flüchtlinge aus z.B. Syrien oder dem Irak aufzunehmen als bisher. Solche Klarstellungen würden es der großen Mehrheit der Pegida-Bewegten sicherlich erleichtern, sich von rechtsradikalen Mitläufern glaubwürdig zu distanzieren.

Bei der Analyse des Essays fällt ins Auge, dass nur von dem notwendigen Zusammenhalt der „Gesellschaft“ oder „dieses Staatswesens“ die Rede ist, das einheimische deutsche Volk aber mit keinem Wort einer Erwähnung wert ist. Das, was mit dem Zugehörigkeitsgefühl zu einem Volk als Sprach-, Geschichts-, Kulturgemeinschaft mit gemeinsamen Erinnerungen – im Guten sowie im Katastrophalen – und Traditionen gemeint ist, ist nicht mit den Kategorien Gesellschaft und Staatswesen einzufangen. Verwunderlich ist diese Leerstelle im Essay deshalb, da viele Pegida-Demonstranten „Wir sind das Volk“ skandieren. Durchaus verständlich, dass die Bürgerbewegten der DDR vom Herbst 1989 die Übernahme ihres Protestrufes als starke Zumutung empfinden; doch drückt sich in dieser Formel bei den Pegida-Protesten ein Doppeltes aus:

1.

Unter der Floskel „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ wird nicht nur festgestellt, sondern auch politisch und medial gefördert, dass der Anteil der Deutschstämmigen in diesem Land kontinuierlich abnimmt und der der Ausländer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund unterschiedlichster Herkunft und Kultur kontinuierlich zunimmt. Hier mit bundesweiten Durchschnittszahlen zu beschwichtigen, geht an der Sache und dem Lebensgefühl eines Großteils der angestammten Bevölkerung vorbei, wenn dieser zunehmend in den Städten erlebt, wie ganze Straßenzüge und Quartiere von Ausländern oder Menschen mit Migrationshintergrund dominiert werden. Berlin-Neukölln oder Duisburg-Marxloh sind aufgrund der medialen Vermittlung eben nicht nur vor Ort, sondern auch in Dresden und anderswo wahrnehmbar und werden von großen Teilen der Bevölkerung als befremdend wahrgenommen.

Ein aufmerksamer Blick in die Neujahrsausgabe der WAZ kann verdeutlichen, was die Pegida-Proteste bewegt. Unter der Überschrift „130.000 Zuwanderer aus Südeuropa“ wird dargestellt, dass derzeit mehr als 500.000 Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland leben; für 2015 wird mit weiteren bis zu 150.000 Zuwanderern aus beiden Ländern gerechnet. Ende 2015 werden also mehr Menschen aus diesen beiden Ländern zugewandert sein - insbesondere seit ihrem EU-Beitritt im Jahre 2007 -, als in den größten Städten des Ruhrgebiets Essen, Dortmund oder Duisburg leben. Dies wird u.a. von den Wirtschaftsverbänden begrüßt, da sie in den Zuwanderern billige und willige, teilweise sogar gut ausgebildete Arbeitskräfte sehen. Gleichzeitig werden durch den Wahn der fortgesetzten EU-Erweiterung samt Freiheit des Kapitals und Arbeitnehmerfreizügigkeit die eh schon bestehenden Integrationsprobleme stetig verschärft.

Oder wir erfahren unter der WAZ-Überschrift „Litauen führt am 1. Januar den Euro ein“, dass Litauen unter den Folgen hoher Auswanderung leidet und eines der ärmsten Euro-Länder sein wird. Die Fehlkonstruktion einer Euro-Zone mit einheitlicher Währung bei riesigen ökonomischen Ungleichgewichten, wie wir sie u.a. von der Griechenlandkrise her kennen, findet hier seine Fortsetzung. Und weiter heißt es: Mit dem Beitritt Litauens zur Eurozone wird im Rat der Europäischen Zentralbank das Rotationsprinzip eingeführt, so dass der Präsident der Deutschen Bundesbank, für seine harsche Kritik am Kurs der EZB bekannt, „deshalb künftig alle fünf Monate im EZB-Rat ohne Stimmrecht sein“ wird. Dies wird mit Recht von zunehmend mehr Bürgern in Deutschland als Aushöhlung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes in zentralen ökonomischen Fragen erlebt.

2.

Damit sind wir beim zweiten Aspekt der Protestformel „Wir sind das Volk“. In der Bevölkerung, dem Demos der Demokratie, hat sich offensichtlich eine überkritische Masse herausgebildet, die nicht mehr bereit ist, sich von der politischen, ökonomischen und medialen „Elite“ bevormunden oder gar diffamieren und für unmündig erklären zu lassen, als ob verführt und verführbar von obskuren „Rattenfängern“. Es drückt sich hier ein mehr oder weniger offenes Unbehagen an einer zunehmenden Auszehrung der demokratischen Substanz in diesem Land aus, auch gefördert durch eine fehlgeleitete EU- und Euro-Politik und deren unangemessene Gleichsetzung mit dem Projekt der europäischen Einigung.

Wenn sich dieses Unbehagen an der herrschenden Politik und ihrer medialen Vermittlung als Kritik an „denen da oben“ artikuliert und zu formieren beginnt, ist es da nicht verständlich, wenn die Ausgrenzung und Diffamierung derer, die da protestieren, sich in Wut, auch auf „die Presse“, ausdrückt? Haben nicht die Bürger/innen der Neuen Bundesländer schon eine enorme Integrationsanstrengung vollbracht in Folge der Transformation der ehemaligen DDR? Und ist es nicht eine beachtenswerte Leistung der Bürger/innen Westdeutschlands, allein seit 1990 Millionen von Menschen aus unterschiedlichen Regionen Europas und der Welt aufgenommen und größtenteils integriert zu haben? Wäre es nicht an der Zeit, offene Foren zu bilden, in denen sich diejenigen, die mit großem Engagement eine Willkommenskultur gegenüber Zuwanderern und Flüchtlingen praktizieren, mit denen aggressionsfrei austauschen können, deren Integrationsbereitschaft überstrapaziert zu werden droht?